

POLITIK

Malta wird zum Tor für den Schengenraum

Kleinstaat verkauft Pässe für 650.000 Euro

K. KAMM HOLZ UND C. SCHILTZ

BRÜSSEL/BERLIN

Es gibt einen neuen Trend in der Europäischen Union (EU): Pässe gegen Bares. Immer mehr, vor allem klamme EU-Länder verkaufen die Staatsbürgerschaft an Reiche, die außerhalb der EU leben. Ein gutes Geschäft für beide Seiten: Die Investoren aus Drittstaaten werden EU-Bürger, und das betreffende Land bessert mit den Einnahmen seinen Staatshaushalt auf.

Jüngstes Beispiel ist Malta. Das Land bietet künftig Menschen aus Ländern außerhalb der EU für 650.000 Euro eine Staatsbürgerschaft an. Das Parlament in Valletta verabschiedete am Dienstag entsprechende Pläne. Ministerpräsident Joseph Muscat erwartet, dass Malta nun wohlhabende Menschen aus aller Welt anlocken wird. Er rechnet im ersten Jahr mit dem Verkauf von 45 Staatsbürgerschaften und Einnahmen von etwa 30 Millionen Euro. Immerhin: Die Regierung hat angekündigt, die Bewerber zu überprüfen und Kriminelle auszuschließen. Die Opposition ist trotzdem unzufrieden. Sie kritisiert, dass die Bewerber nicht zu Investitionen auf der Insel gezwungen werden und nicht einmal dort wohnen müssen.

Nach geltendem EU-Recht kann jedes Land selbst entscheiden, wem es nach welchen Kriterien die Staatsbürgerschaft gewährt. Der Europäische Gerichtshof

onsfraktion im Bundestag, Günter Krings (CDU), sagte der „Welt“, das Vorgehen Malts verstoße gegen den Geist der europäischen Verträge. „Die nationale Staatsbürgerschaft ist untrennbar mit der Unionsbürgerschaft verbunden. Diese darf aber nicht zur käuflichen Ware werden – schon allein wegen der damit verbundenen Freizügigkeits- und demokratischen Beteiligungsrechte.“ Die Parlamentarische Geschäftsführerin der deutschen Unionsabgeordneten im EU-Parlament, Inge Gräßle (CDU), sagte: „Staatsbürgerschaft gegen Geld ist zynisch. Das hat nichts mit europäischen Werten zu tun.“ Die Gefahr, dass mit dem Verkauf der Staatsbürgerschaft der Zugang für organisierte Kriminalität nach Europa leichter wird, sei groß. „Die EU-Regierungen sollten gemeinsam entscheiden, wer einen Pass bekommen darf und wer nicht“, betonte sie.

Malta ist kein Einzelfall. Sogar Länder wie Großbritannien und Österreich verkaufen Staatsbürgerschaften, meistens an sehr reiche Araber, Chinesen oder Osteuropäer – das passiert aber relativ selten. Der saudische Milliardär Al Jaber kam in den Genuss und wurde für Millioneninvestitionen in Österreich mit einem Pass belohnt. Häufig stellen spezialisierte Agenturen, wie Henley & Partners aus Zürich, den Kontakt zwischen Käufern und Behörden her. Wer beispielsweise in Großbritannien eine Million Pfund investiert, erhält zunächst ein Visum, nach fünf Jahren unbegrenztes Aufenthaltsrecht und nach sechs Jahren den Pass.

Dabei sind die Angebote, die die EU-Regierungen im Gegenzug für Investitionen im Angebot haben, durchaus unterschiedlich. Einige Länder, wie Lettland oder Spanien, bieten bisher nur Aufenthaltsrechte von unterschiedlicher Dauer in ihrem Gebiet an. Aber auch im Fall eines „nationalen Visums“ können sich Drittstaatenangehörige bis zu 90 Tage innerhalb von sechs Monaten im Hoheitsgebiet der übrigen Schengenstaaten aufhalten. In Lettland lässt sich ein vorübergehendes Aufenthaltsrecht dabei relativ einfach erwerben: Wer in der lettischen Provinz Eigentum im Wert von 71.144 Euro kauft, darf fünf Jahre bleiben und kann sicher sein, dass der Aufenthaltstitel danach relativ problemlos verlängert wird.

In Zypern dagegen lässt sich die Staatsbürgerschaft künftig bei Investitionen von drei Millionen Euro erwerben, wie Präsident Nikos Anastasiades im Frühjahr angekündigt. In Portugal wiederum gibt es seit Oktober 2012 ein „Goldenes Visum“ – wer mindestens 500.000 Euro in eine Immobilie oder eine Million in eine portugiesische Gesellschaft investiert oder 30 Arbeitsplätze im Land schafft, erhält zunächst ein „Initial“-Visum. Wenn das Kapital länger als fünf Jahre im Land bleibt, kann daraus eine dauerhafte Aufenthaltsgenehmigung oder ein Pass werden.

Parallel zum Kauf von Staatsbürgerschaften gibt es in der EU noch eine zweite Entwicklung: Staatsbürgerschaften werden aus geopolitischen oder ethnischen Motiven gegen eine relativ geringe Bearbeitungsgebühr „verschnekt“. So bietet Bulgarien Menschen mit „bulgarischer Identität“ aus Moldawien, Mazedonien und der Ukraine die Staatsbürgerschaft an. Auch Rumänien vergibt die Staatsbürgerschaft an Bewohner Moldawiens.

Rendezvous am rechten Rand

Geert Wilders sucht Verbündete für seine Anti-EU-Allianz. Und er hat auch schon einige gefunden



Der niederländische Rechtspolitiker Geert Wilders empfängt Marine Le Pen, Chefin der rechtsextremen Front National, in Den Haag

ROB SAVELBERG

DEN HAAG

Ganz so, als wäre er, Geert Wilders, höchstpersönlich Premier in Holland, empfing er seinen französischen Gast Marine Le Pen. Deren Anknüpfung vor dem Haager Parlamentsitz war einem Staatsbesuch nicht unähnlich: mit Polizisten, die Zuschauer hinter Zäunen zurückhielten, zwei blondierten, strahlenden Politstars in feinen blauen Jacketts und Fotografen, die pausenlos jede Freundschaftsgeste festhielten. Die Begegnung der bekanntesten Rechtspopulisten Europas könnte tatsächlich in die Geschichtsbücher eingehen. Geert Wilders verfolgt eine Mission, und Le Pen kann ihm dabei helfen. Die beiden wollen eine Anti-EU-Allianz schmieden, um ausgerechnet bei den Europawahlen im nächsten Frühjahr anzutreten.

Wilders ist mit seiner Freiheitspartei (PVV) zwar schon mit vier Abgeordneten im EU-Parlament vertreten – was er aber will, ist eine eigene Fraktion. Schließlich führt die Populistentruppe in den nationalen Umfragen, und Wilders möchte seine Ziele auch auf internationaler Bühne vertreten wissen. Alleine aber kann er das nicht, das ist dem solarijungebräunten Holländer durchaus klar. Vor einiger Zeit hat er es deshalb schon in Deutschland versucht. In einem

Berliner Hotel war Wilders der wichtigste Geburtshelfer bei der „Freiheit“ gewesen, einer Splitterpartei um den ehemaligen CDU-Abgeordneten René Stadtkewitz. Aber die Wilders-Masche – eine autoritär geführte Partei und demagogische Auftritte – wollte hierzulande nicht recht verfangen. „Die Freiheit“ konnte bei Wahlen nie überzeugen und hat sich vor Kurzem aufgelöst.

Auch auf Unterstützung der bei den jüngsten Bundestagswahlen so erfolgreichen Alternative für Deutschland (AfD) kann Wilders nicht hoffen. Parteichef Bernd Lucke winkte bereits mit Verweis auf Wilders' Radikalität ab. Genauso fehl schlugen die Anbiederungsversuche des holländischen Rechtspopulisten bei Thilo Sarrazin. Wilders betonte die gemeinsamen antiislamischen Standpunkte, als er in Berlin lautstark für Sarrazins Buch „Deutschland schafft sich ab“ warb. Dem Autor jedoch war diese Schützenhilfe nicht geheuer, Sarrazin beschrieb Wilders als Rassistin, mit dem er nichts zu tun haben wolle.

Im größten Euro-Land schafft es Wilders also bisher nicht, Fuß zu fassen. Er hat sich aber schon in den Nachbarländern umgeschaut. Er traf den ehemaligen tschechischen Präsidenten Václav Klaus, der genau wie er selbst ein überzeugter EU-Gegner ist. In Belgien hat

Wilders mit Filip Dewinter vom separatistischen und rechtsextremen Vlaams Belang einen Glaubensbruder gefunden.

Wilders' Buhlen um seine europäischen Gesinnungsgenossen markiert eine deutliche Abkehr von seiner bisheriger Strategie, konstatieren politische Beobachter in Den Haag. In der Vergangenheit hatte der Niederländer nichts von der französischen Front National (FN) oder den flämischen Nationalisten wissen wollen. Er verstand sich innerhalb Europas als Einzelkämpfer, der nicht zu

„Wilders tritt für Meinungsfreiheit ein und will gleichzeitig den Koran verbieten – das ist ein Widerspruch in sich“

Nigel Farage, britischer EU-Skeptiker im Europaparlament

etwaigen Kompromissen bereit war. Als einzige internationale Verbündete galten eine Gruppe US-amerikanischer Geldgeber und einige orthodoxe Israelis, die Wilders als junger Mann im Kibbuz kennengelernt hatte.

Das Bündnis mit der Front National ist erkennbar keine Liebesheirat, sondern beruht auf der pragmatischen Einsicht, dass beide allein nichts ausrichten

können. Noch 2009 wollte Wilders nicht in einem Atemzug mit Le Pen genannt werden, geschweige denn mit ihr gemeinsam vor Kameras posieren. Seine wundersame Wandlung hat sicherlich damit zu tun, dass seine neue „gute Freundin“ in ihrer Partei aufräumte. Marine Le Pen bemüht sich um ein gemäßigtes Image ihrer Partei. Parteigründer und Ehrenvorsitzender Jean-Marie Le Pen hatte hingegen die Gaskammern ein „Detail der Geschichte“ genannt und zu Fremdenhass aufgestachelt. Mit dem neuen Image hat die 45-jährige FN-Chefin in Frankreich Erfolg. Nun hofft sie auf internationales Ansehen als Anführerin einer europäischen Bewegung. „Ich zweifelte lange Zeit und fragte mich, ob es vernünftig ist, mit denen zusammenzuarbeiten“, sagte Wilders gestern in Den Haag. „Aber ich konzentriere mich auf Marine Le Pen, nicht auf ihren Vater.“ Im Sommer war Wilders schon bei ihr in Paris gewesen.

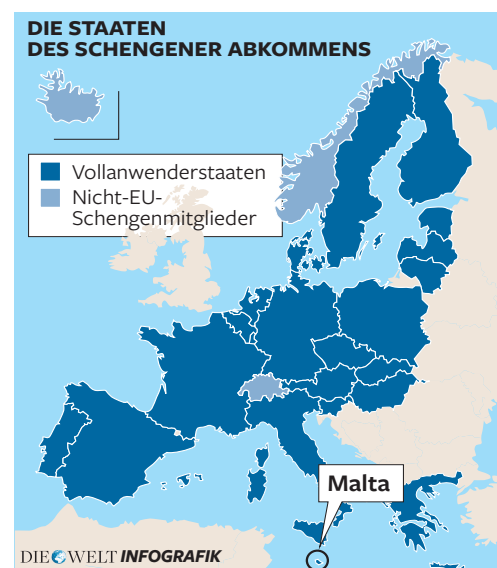
Auch seine einstigen Bedenken gegen die österreichische FPÖ hat Wilders mittlerweile abgelegt. Er verstand sich bei einem Besuch im Wiener Nationalrat blendend mit dem Frontmann Heinz-Christian Strache. Wenn es gegen Brüssel geht, dann sehen die Akteure auch schon einmal über ideologische Gräben hinweg. Der Israel ergebene Wilders jedenfalls konnte wohl ausblenden, dass Strache als junger Mann in Neonazikreisen wie der Wikingjugend verkehrte und mit Holocaust-Leugnern befreundet ist. Das übergeordnete Ziel bleibt die Bekämpfung der imperialistischen EU, des Euro und des Islam.

Für seinen Wertekampf hat Wilders mittlerweile fast überall in Europa Verbündete gefunden. Er holte die italienische Separatistenbewegung Lega Nord an seine Seite, sprach mit den nationalistischen Schweden-Demokraten und will auch die „Wahren Finnen“ in sein Lager holen. Das Hauptziel ist eine eigenständige europäische Fraktion. Wilders' vier EU-Abgeordnete beschäftigen sich derzeit vor allem damit, die Verschwendungssucht der „Eurokraten“ anzuprangern. Der Parteichef aber will mehr: die Macht Brüssels beschränken und Kompetenzen in die Mitgliedsstaaten zurückholen. Dafür braucht er Mitsstreiter, denn erst mit 25 Abgeordneten, die aus mindestens einem Viertel der 28 EU-Länder kommen müssen, hat er Zugang zu den Fraktionstöpfen. Außerdem ist einer parlamentarischen Gruppe das Recht vorbehalten, Anträge auf Änderung der Geschäftsordnung zu stellen.

Dass es nun klappen könnte mit einer länderübergreifenden Fraktion der Rechtspopulisten in Brüssel, bezweifeln indes viele. „Marine Le Pen und Geert

Wilders veranstalten ein großes Illusionstheater“, sagt der FDP-Außenpolitiker Alexander Graf Lambsdorff. Es handle sich dabei lediglich um „hohles Wahlkampfgeklänge, denn beide Parteien haben längst Europaabgeordnete, diese aber sind wegen ihres fanatischen Nationalismus gar nicht in der Lage, eine auf Dauer

angelegte Zusammenarbeit zu organisieren“. Die wird es zumindest mit dem wohl prominentesten Euro-Skeptiker im EU-Parlament nicht geben. „Wilders tritt für die Meinungsfreiheit ein und will gleichzeitig den Koran verbieten, das ist ein Widerspruch in sich“, konstatierte Nigel Farage von der britischen Ukip-Partei, der nicht dafür bekannt ist, allzu zimperlich zu sein.



hatte diese Praxis in der Vergangenheit mehrfach bestätigt. Wenn Bürger von außerhalb der Union den Pass eines EU-Landes erwerben, können sie sich überall niederlassen, ein Unternehmen gründen und sich frei bewegen. Im sogenannten Schengenabkommen haben die meisten EU-Länder sogar vereinbart, dass zwischen ihren Ländern keine Personenkontrollen mehr nötig sind. Davon würden auch die neuen Besitzer eines maltesischen Passes profitieren. Es gibt keine „Schutzklauseln“ für Angehörige von Drittstaaten, die das verhindern. In Brüssel hieß es, an den Regeln bei der Erteilung von Staatsbürgerschaften werde nicht gerüttelt. Ein hoher EU-Diplomat sagte: „Stellen Sie sich vor, wir würden dabei mitreden, wem ein Mitgliedsland seine Staatsbürgerschaft geben darf. Da wäre Deutschland doch unter den Ersten, die nach Subsidiarität schreien.“

In Berlin und Brüssel sehen dies viele Politiker anders. Der Vizechef der Uni-

Plötzlich ist die unsichtbare Wand da

Der NSU-Prozess stockt: Nichts gesehen, nichts gehört. Je näher die Zeugen zu den NSU-Tätern standen, desto weniger geben sie preis

HANNELORE CROLLY

Im NSU-Prozess ist gerade der Wurm drin, man kann es kaum anders nennen. Kaum etwas läuft derzeit so, wie der Vorsitzende Richter Manfred Götzl wünscht und geplant hat. Die Verteidigung vermisst Akten, die sie zur Vorbereitung bräuchte, Zeugen sagen in letzter Minute wegen Krankheit ab, Vernehmungen ziehen sich bis an die Schmerzgrenze in die Länge. Und vor allem: Befragte geben sich verstockt oder gleich komplett erinnerungsfrei. So langsam zeigt sich, welche eine Herkulesaufgabe es tatsächlich ist, ein Verfahren gegen Mitglieder der rechten Szene zu führen.

Das Gericht, dem bisher Tatzeugen oder Opferangehörige meist bereitwillig Auskunft geben, stößt plötzlich auf eine unsichtbare Wand des Schweigens und Dichthaltens. Keiner will etwas gesehen, gewusst oder auch nur gedacht haben, Politik interessiert sowie niemanden. Es

scheint: Je näher die befragten Zeugen jener Welt stehen, die den NSU hervorgerufen und vermutlich unterstützt hat, desto schlechter sind Gedächtnis und Beobachtungsvermögen.

Umso eifriger versuchen die Nebenkläger, die Ermittler mit anderen Mitteln zu mehr Engagement anzutreiben. Ein Anwalt beantragte an Tag 55 des Prozesses gar, ein sprachwissenschaftliches Gutachten in das Verfahren einzubringen, das das Magazin „Stern“ in Auftrag gegeben hatte. Zwei Sprachwissenschaftler hatten unabhängig voneinander Zschäpes Liebesbriefe mit Textfunden aus der ehemaligen Wohnung des Trios verglichen und befunden: Die Angeklagte sei „mit hoher Wahrscheinlichkeit“ Co-Autorin des sogenannten NSU-Manifests gewesen, in dem sich der Nationalsozialistische Untergrund selbst ideologisch definiert. Stil, Sprache und charakteristische Fehler dieses Manifests, mit dem sich das Gericht auch bald beschäftigt, zeigten zahlreiche Übereinstim-

mungen, meinten die Sprachwissenschaftler. Der Verdacht liege daher nahe, dass Zschäpe die Mordserie und geistige Haltung mitgetragen habe, heißt es entsprechend auch im Antrag des Nebenklage-Anwalts.

Ob dem Antrag stattgegeben wird, muss das Gericht noch entscheiden, ebenso, ob die bisher unter Verschluss stehenden Akten zum ehemaligen Verfassungsschützer Andreas Temme aus Hessen freigegeben werden. Temme war während oder kurz vor dem Mord an dem Kasseler Halit Yozgat in dessen Internetcafé anwesend, hatte das aber so lange verschwiegen, bis ihm die Polizei auf die Spur kam. Volker Bouffier (CDU), heute Ministerpräsident von Hessen, verhinderte 2006 als damaliger Innenminister per

Erlass, dass wichtige Zeugen dazu genommen werden konnten.

Im Prozess selbst hatte Richter Götzl zunächst zum Wochenauftritt vier von acht Zeugen unverrichteter Dinge wieder heimschicken müssen, weil sich die anderen Vernehmungen unerwartet in die Länge zogen. Das war bedauerlich, weil unter den vergeblich Angereisten nicht nur die mutmaßliche Zschäpe-Vertraute Mandy Struck war, die einst dem NSU-Trio den Weg in den Untergrund ebnete. Auch die Mutter des toten Uwe Böhnhardt saß stundenlang im Zeugenraum neben dem Gerichtssaal und harpte ihrer Vernehmung, ohne dann aber aufgerufen zu werden. Die pensionierte Sonderpädagogin hatte noch Jahre nach dem Untertauen heimlich mit dem Trio Kontakt gehal-

ONLINE

Der Prozess gegen Beate Zschäpe und vier mutmaßliche Helfer des NSU-Terror-Trios geht in eine entscheidende Phase. Aktuelle Berichte, Hintergründe und Analysen unter:

welt.de/nsu-prozess